

Le Commissaire. Je remercie M^{me} la Rapporteuse d'avoir précisé que le développement durable devra prendre forme de manière progressive comme je l'ai annoncé dans le rapport d'entrée en matière.

- Adoptés.
- La première lecture est ainsi terminée. Il est passé directement à la deuxième lecture.

Deuxième lecture

ART. 1 ET 2, TITRE ET CONSIDÉRANTS

- Confirmation du résultat de la première lecture.
- La deuxième lecture est ainsi terminée. Il est passé au vote final.

Vote final

- Au vote final, ce projet de loi est adopté dans son ensemble, sans modification, par 67 voix contre 0. Il y a 1 abstention.

Ont voté oui:

Bapst (SE, PDC/CVP), Berset (SC, PS/SP), Beyeler (SE, ACG/MLB), Binz (SE, UDC/SVP), Boschung B. (SE, PDC/CVP), Boschung M. (SE, PDC/CVP), Bourgnonecht (FV, PDC/CVP), Bourguet (VE, PDC/CVP), Brodard V. (GL, PS/SP), Burgener (FV, PS/SP), Burkhalter (SE, PLR/FDP), Butty (GL, PDC/CVP), Collaud (BR, PDC/CVP), Collomb (BR, PDC/CVP), Cotting (SC, PLR/FDP), Crausaz (SC, PDC/CVP), de Reyff (FV, PDC/CVP), de Weck (FV, PLR/FDP), Duc (BR, ACG/MLB), Etter (LA, PLR/FDP), Fasel (SE, PDC/CVP), Fassel-Roggo (SE, ACG/MLB), Feldmann (LA, PLR/FDP), Frossard (GR, UDC/SVP), Gander (FV, UDC/SVP), Gavillet (GL, PS/SP), Gendre (SC, PS/SP), Glauser (GL, PLR/FDP), Goumaz-Renz (LA, PDC/CVP), Grandjean (VE, PDC/CVP), Hänni-F (LA, PS/SP), Hunziker (VE, PLR/FDP), Ith (LA, PLR/FDP), Jelk (FV, PS/SP), Jendly (SE, PDC/CVP), Johner-Et. (LA, UDC/SVP), Jordan (GR, PDC/CVP), Kaelin-M (GR, PDC/CVP), Kolly (SC, PLR/FDP), Kuenlin (SC, PLR/FDP), Longchamp (GL, PDC/CVP), Marbach (SE, PS/SP), Menoud E. (GR, PDC/CVP), Menoud Y. (GR, PDC/CVP), Morand (GR, PLR/FDP), Mutter (FV, ACG/MLB), Page (GL, UDC/SVP), Peiry C. (SC, UDC/SVP), Raemy (LA, PS/SP), Rey (FV, ACG/MLB), Rime (GR, PS/SP), Romanens A. (VE, PS/SP), Rossier (GL, UDC/SVP), Savary (BR, PLR/FDP), Schnyder (SC, PS/SP), Schoenenweid (FV, PDC/CVP), Schorderet G. (SC, UDC/SVP), Schuwey R. (GR, UDC/SVP), Siggen (FV, PDC/CVP), Studer T. (LA, PDC/CVP), Suter (SC, ACG/MLB), Thomet (SC, PS/SP), Tschopp (SE, PS/SP), Vial (SC, PDC/CVP), Vonlanthen (SE, PLR/FDP), Wicht (SC, PLR/FDP), Zürcher (LA, UDC/SVP). Total: 67.

S'est abstenu:

Ducotterd (SC, PDC/CVP). Total: 1.

Rapport N° 135

sur le postulat P2022.07 Heinz Etter (prévention des crues dans le Grand Marais)¹

Etter Heinz (PLR/FDP, LA). Im Bericht wird festgehalten, dass auf die BAFU-Analyse zur Regulierung der Juragewässer gewartet werde. Diese Informatio-

nen stehen seit dem Herbst 2008 zur Verfügung. Am 13. Januar dieses Jahres fand die Startsituation des Lenkungsausschusses statt, also ein Viertel Jahr nach Vorliegen der BAFU-Analyse. Anlässlich der Startsituation wurde vereinbart, dass die Sektion Gewässer die ausgewählten Ingenieurbüros anschreibt und sie zu einer Informationssitzung einlädt, um sie über den Projektumfang zu informieren, damit sie danach die entsprechenden Offerten einreichen können. Heute, am 8. September 2009, stelle ich leider fest, dass nach der Sitzung vom 13. Januar durch die Sektion Gewässer kaum etwas unternommen wurde, das heisst, das Dossier bleibt praktisch geschlossen. Die Begründung des Sektionschefs war: Wir haben zu wenig Personal, um alle Projekte ausführen zu können. Leider müssen wir beim Projekt Hochwasserdamm in Ulmiz die gleichen Feststellungen machen. Obwohl das Dossier längstens für die Weiterleitung an die zuständige Stelle des Bundes bereit war, blieb es bei der Sektion Gewässer mehrere Monate liegen und kam nun mit einem ganzen Katalog von neuen Forderungen für Studien vom BAFU zurück. Das obwohl ein Mitarbeiter des Wasserbauamtes als Berater in der Kommission der WBU Einsitz hat. Es drängt sich hier die Frage auf, ob man von diesem Amt das Projekt Ulmiz verhindern will. Die Hochwasserproblematik im Grossen Moos ist für die betroffenen Gemeinden und die Gemüsebaubetriebe von existenzieller Bedeutung. Diese Betriebe warten auf Lösungen. Nach den Millionenschäden, welche 2007 im Grossen Moos erlitten wurden, versteht kein Mensch, wenn ein Amt das Nichtstun mit fehlendem Personal begründet. Ich hoffe für uns alle, vor allem aber für die Bewohner von Ulmiz und die Betriebe im Grossen Moos dass nicht wieder ein Grossereignis vorfällt, welches ihnen wiederum Schäden bescheren wird. Ich verstehe die Leute in unserem Bezirk, wenn sie ihren Unmut dahingehend äussern, nachdem die berechtigten Anliegen des Seebezirks auch in diesem Bereich wieder hinten anzustehen haben. Bereits bei den Strassen, namentlich bei der H 10, wurden die berechtigten Anliegen des Bezirkes in unverständlicher Art und Weise übergangen. Herr Staatsrat, ich bitte Sie: Sorgen Sie umgehend dafür, dass die Situation in der Sektion Gewässer normalisiert wird und dass die Aufgaben korrekt und zu Gunsten der Bürger und Steuerzahler erledigt werden. Die Verwaltung hat im Dienste des Bürgers zu stehen und nicht umgekehrt. Im Namen der Bürger danke ich Ihnen bestens für Ihre Intervention.

Johner-Etter Ueli (UDC/SVP, LA). Vor eineinhalb Jahren, in der Aprilsession 2008, habe ich hier gesagt, dass die Situation betreffend der Hochwasser an der Bibera am Erlikanal im Grossen Moos prekär und dringend sei und man nicht Zeit vergeuden sollte, um mit einer Studie einen Handlungsbedarf zu evaluieren, der klar ist, um dann in einer weiteren Studie das Vorgehen abzuklären. Beim vorliegenden Bericht ist den Verfassern nun wirklich kein grosser Wurf gelungen und diese Antworten wären zum Teil schon vor eineinhalb Jahren auf dem Tisch gelegen. Wie sonst kann es passieren, wie Kollege Etter gesagt hat, dass ausser der Startsituation bis heute keine Sitzung des Lenkungsausschusses mehr statt fand und ein Bezirksverantwortli-

¹ Texte du rapport pp. 1302ss.

cher der Bibera an der Delegiertenversammlung sagen musste: «Wir haben nichts getan, ausser gewartet.» Persönlich hätte ich zumindest erwartet, dass unter Punkt 2.5, «Projektlauf», ein zeitlicher Rahmen definiert worden wäre. Oder können Sie, Herr Staatsrat, heute sagen, wann wir die Besprechung des Schlussberichtes, das heisst die Bestimmung des Handlungsbedarfes, erwarten können? Das wäre ja dann erst der effektive Start. Nach unserer Sitzung vom 2. Februar dieses Jahres am Runden Tisch mit Ihnen, Herr Staatsrat, mit den verantwortlichen Herren der Sektion für Gewässer und den «Charchierten» im Seebezirk, hatte ich eigentlich ein gutes Gefühl. Ich glaubte, dass man pragmatischen Lösungen näher gekommen sei und hoffte, nach diesem Gespräch und der «Chropflärete» auf ein besseres gegenseitiges Verständnis und dass sich die Emotionen etwas gelegt hätten. Umso enttäuscht war ich vor zwei Wochen mit der Nacht-und-Nebel-Aktion, wo innert 24 Stunden von den gleichen Leuten ein Wasserentnahmeverbot erlassen wurde, ohne mit den Landwirten und den Gemüsebauern im Seebezirk Rücksprache zu nehmen. Was beim Lösen der Hochwasserprobleme zu lange dauert, war hier ein Schnellschuss, bei dem bei unseren bernischen Berufskollegen jenseits der Bibera über den Freiburger Amtsschimmel nur mitleidig gelächelt wurde. Bei allem guten Willen und Ihrem Verständnis, Herr Staatsrat: Die Beamten und Verantwortlichen im Wasserbauamt haben offenbar noch nicht begriffen, worum es in unserem Gebiet geht. Es geht um Ertragsausfälle im Gemüsebaugbiet und nicht einfach um Wies- und Ackerland. Es geht um Existenzen von Familienbetrieben, nebst Schäden in bewohntem Gebiet. Oder aber, wenn sie es begriffen hätten, schätzen sie die Dringlichkeiten falsch ein. Es gibt nun einmal Dossiers, die bevorzugt und dringlicher behandelt werden müssen als andere Entscheidungen. Für den Hochwasserschutz ist das Auseinanderdividieren von langfristigen Lösungsansätzen und Sofortmassnahmen ein Muss. Ein Muss ist auch, beim Bund Druck aufzusetzen und zu intervenieren, damit das Rückhaltebecken in Ulmiz endlich angegangen werden kann. Das Wetter ist nun einmal nicht kalkulierbar. Wir hatten bei den zwei Juligewittern grosses Glück, dass es nicht erneut zu Überschwemmungen kam. Es ist zu hoffen, dass, bis erste effektive Massnahmen getroffen sind, keine starken Regenfälle und keine weiteren Überschwemmungen eintreten werden. Die nun erneut vor den Kopf gestossenen Landwirte und Gemüsebauern bringen sonst für die Sektion für Gewässer wirklich kein Verständnis mehr auf. Damit Emotionen und gegenseitige Schuldzuweisungen nicht noch mehr eskalieren und die Fronten nicht unüberwindbar verhärtet werden, wäre es nun an der Zeit, einen respektvollen Dialog und eine Zusammenarbeit unter Einbezug der Praktiker anzustreben. Ansonsten müssten uneffiziente Beamte ausgewechselt werden. Mit diesen Worten nehmen wir Kenntnis von diesem Bericht. Danke.

Fasel-Roggo Bruno (ACG/MLB, SE). Unsere Fraktion hat den Bericht 135 studiert und dankt dem Staatsrat dafür. Für uns sind die Wasserprobleme in unserem Kanton lebenswichtig, sei es Frisch- oder Hochwasser, und benötigen unsere Aufmerksamkeit. Beim ers-

ten Durchlesen des Berichtes ist man erfreut über die allgemeinen Bemerkungen und die kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen zum Schutz von Kulturen und Infrastrukturen sowie über die Aussicht auf eine mögliche koordinierte Studie mit den Nachbarkantonen. Trotzdem vermisse ich einige konkrete Punkte und Problemlösungen in diesem Bericht.

Was meiner Meinung nach auf keinen Fall vergessen werden darf, nämlich: Das Problem Bibera, der künstliche Erlikanal... Was passiert mit der Landwirtschaft (zum Beispiel Erwerbsverluste und Lohnzahlungen) bei einem Hochwasser, beziehungsweise bei Überschwemmungen. Für mich genügt es nicht, abzuwarten und Tee zu trinken bis die Nachbarkantone reagieren. Das nächste Hochwasser kommt bestimmt. Nun habe ich noch drei Fragen an den Staatsrat: Warum werden die Melorationsinfrastrukturen, die Bodenbeschaffenheit, die Topografie der Landwirtschaftsflächen und die Bodenversiegelung in der Studie nicht berücksichtigt? Zweitens kann unser Kanton das Problem Hochwasserschutz im Grosse Moos nicht eigenständig lösen. Drittens: Wann, beziehungsweise in welchem Zeitfenster können wir mit einem Zwischenbericht beziehungsweise Schlussbericht rechnen? Mit diesen Bemerkungen hat unsere Fraktion den Bericht zu Kenntnis genommen.

Fasel Josef (PDC/CVP, SE). Chers collègues, je ne sais pas si les cours d'eau sont une question plutôt des Alémaniques que des Romands. Je n'ai pas une grande intervention à faire. Par contre, suite à l'intervention d'Ueli Johner concernant la Bibera, je constate dans l'alinéa 2.3.2, c'est-à-dire collaboration avec les cantons voisins, il est dit: «*Bien que les deux cantons – Fribourg et Berne – ne possèdent pas de cours d'eau ou de canaux de drainage en commun, une approche coordonnée est de toute façon justifiée*». Je voudrais simplement rappeler, en tant que Singinois, que le canton de Fribourg, par le biais de la Singine, est tout le long séparé par la Singine et je pense que c'est un cours d'eau... ou bien je me trompe?

Godel Georges, Directeur de l'aménagement, de l'environnement et des constructions. J'ai écouté avec beaucoup d'attention les remarques et critiques – je précise – justifiées de la part des différents intervenants. Il est vrai que, il faut l'admettre, si j'étais à votre place, je ne serais pas satisfait de la lenteur qu'il y a eu pour ce dossier.

Néanmoins, permettez-moi de préciser quelques éléments. Il y a eu quand même la constitution d'un comité de pilotage intégrant tous les intéressés et aussi un représentant de la Confédération. On a défini une démarche pour l'analyse du problème en accord avec le comité de pilotage et établi un cahier des charges pour l'appel d'offres. On a aussi fait parfois des critiques: «*le canton de Berne a déjà commencé*». Je précise que plusieurs contacts ont été pris avec le chef de projet bernois, M. Bernard Schudel. Il fait par ailleurs partie des partenaires, l'organigramme le démontre. Le canton de Berne a donné un mandat à un bureau privé pour faire une analyse de la situation de départ. Ce même bureau a été invité à faire une offre au can-

ton de Fribourg pour son projet. Le canton de Berne voulait initialement considérer les infrastructures foncières dans l'analyse de l'origine des inondations. Finalement, selon les propos de Bernard Schudel, le projet était trop ambitieux. Le canton de Berne a décidé, comme dans le canton de Fribourg d'ailleurs, de se limiter aux aspects hydrauliques des canaux et des cours d'eau. Je précise que je n'essaie pas de trouver des excuses parce que je comprends les remarques et critiques, notamment les agriculteurs qui se plaignent de la situation. J'en veux pour preuve les déclarations que j'ai faites lors de la présentation de la loi sur les eaux. Vous savez dans la philosophie, au niveau fédéral, nous aurons l'occasion lors de l'examen de la loi sur les eaux, il y a une nouvelle philosophie notamment avec la revitalisation mais principalement la protection contre les crues, je crois qu'elle me paraît importante. Or, je l'ai dit très clairement, pour régler ce problème d'une manière satisfaisante, si on veut plus d'espace, espace nécessaire pour les cours d'eau, ce n'est pas l'agriculteur concerné ou à l'exploitant concerné, mais c'est bien à la collectivité de mettre les terrains à disposition, je tiens à le dire ici, j'aurai l'occasion aussi de le démontrer. Pour réussir cette opération, la seule solution efficace à mon sens, c'est de passer par des remaniements parcellaires. Mais, bien sûr, on ne peut pas faire des remaniements dans toutes les régions du canton, je m'attellerai aussi, avec mes services, à satisfaire la problématique, notamment dans la région du district du Lac parce que je conçois aisément que vous ne soyez pas satisfaits.

– Le Grand Conseil prend acte de ce rapport.

Rapport N° 136 sur le postulat N° 319.06 Claire Peiry-Kolly/ Marie-Hélène Brouchoud Bapst (rationalisation de l'administration cantonale)¹

Peiry-Kolly Claire (UDC/SVP, SC). Que vous dire, M. le Commissaire, sur le contenu de ce message? Je serai très brève, d'autant plus que l'inconsistance du rapport et les faiblesses de l'argumentation donnent l'impression que tout changement tendant à plus d'efficacité est un sujet tabou dans notre administration cantonale. Lors de la discussion de prise en considération du postulat, tous les intervenants ont appuyé l'idée de rationaliser les services touchant à l'environnement et voilà que l'administration cantonale a mis trois ans pour rédiger quelques propos, je dirais plutôt quelques sornettes, dans un rapport qui manque singulièrement de consistance. Tout de même étonnant, prétendre que l'éventuel rattachement du Service de la protection de la nature et du paysage n'apporterait que peu de synergies ou d'économies relève d'une appréciation, probablement subjective, émanant des services concernés eux-mêmes!

Il est fort difficile de résister à l'emprise de la toute puissante administration car, comme le dit le vieil

adage, «*les politiques passent mais les fonctionnaires restent*». Le rapport n'est pas probant. On y décèle plutôt l'intention de ne surtout pas toucher à certaines prérogatives bien ancrées. C'est pourquoi, à l'avenir, je me demande si un postulat tendant à une rationalisation de certains services de l'administration ne devrait pas être analysé en toute objectivité par un organe externe aux services directement concernés. Il y a là matière à réflexion.

En conclusion, je regrette, M. le Commissaire – mais ça, vous le comprendrez bien – de vous dire que je ne suis pas satisfaite de la manière dont ce postulat a été traité, notamment le laps de temps qui s'est écoulé depuis la prise en considération par le Grand Conseil ainsi que ses conclusions, qui manquent singulièrement de solidité.

Menoud Yves (PDC/CVP, GR). Le groupe démocrate-chrétien prend acte du rapport du Conseil d'Etat sur le postulat Peiry-Kolly/Brouchoud Bapst déposé et développé en septembre 2006 relatif à l'examen de la pertinence d'une fusion du Service de l'environnement et du Bureau de la protection de la nature et du paysage, avec pour but de réaliser des économies, de simplifier les procédures et de concrétiser des synergies de rationalisation.

Le groupe démocrate-chrétien a compris les motivations présentées par le Conseil d'Etat pour justifier sa volonté de ne pas fusionner ces deux entités car les inconvénients liés aux risques de perte de visibilité, d'identité et de prise en considération de la protection de la nature, principalement vis-à-vis du public, dépassent à elles seules largement le seul avantage d'un simple regroupement administratif.

Enfin, le groupe démocrate-chrétien se réjouit, encourage la large réorganisation nécessaire visée par l'administration cantonale, qui va dans la direction, et même bien au-delà, de la problématique évoquée par les postulants. Il recommande également la mise en œuvre rapide des mesures prévues dans le cadre du plan de législature, qui ressortent de l'analyse des prestations.

Mutter Christa (ACG/MLB, FV). Le groupe Alliance centre gauche prend acte avec satisfaction de cette réponse, même si nous la jugeons aussi assez tardive. Il nous semble que le postulat partait d'une fausse bonne idée en disant «Voilà, il y a la nature dans un office et l'environnement dans l'autre, on peut certainement les réunir». Mais ces deux offices sont régis par deux, voire trois lois fédérales qu'ils doivent mettre en application tout à fait différentes et on ne voit pas les synergies que cela pourrait rapporter si on les réunit. Par contre, nous soutenons bien sûr tous les efforts de rationaliser dans l'administration cantonale mais il faudrait les chercher dans d'autres services.

Godel Georges, Directeur de l'aménagement, de l'environnement et des constructions. M^{me} la Députée Claire Peiry-Kolly, que puis-je vous dire, si ce n'est de suivre les propos de M^{me} la Députée Christa Mutter. Vous voyez quand même, elle est parfois d'accord avec moi! (*rires!*) Néanmoins, j'aimerais vous

¹ Texte du rapport pp. 1308ss.